

ANFRAGE von Markus Späth-Walter (SP, Feuerthalen), Nicolas Galladé (SP, Winterthur) und Marcel Burlet (SP, Regensdorf)

betreffend Unterstützung des Regierungsrates für die Tiefenlager-Standortregionen

Vor genau einem Jahr hat das Bundesamt für Energie BFE die möglichen Standortgebiete für geologische Tiefenlager zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz bekannt gegeben. Zwei dieser Gebiete liegen im Kanton Zürich: «Nördlich Lägern» im Zürcher Unterland, «Benken» im Weinland. In seiner Medienmitteilung vom 6. November und in mehreren öffentlichen Auftritten hat Baudirektor Markus Kägi mehrfach beteuert, der Regierungsrat betrachte es als seine Aufgabe, die ausgewählten Standortregionen sachgerecht zu unterstützen. Gleichzeitig hat sich der Regierungsrat deutlich gegen ein Tiefenlager im Kanton ausgesprochen («Beim heutigen Stand des Auswahlverfahrens und der Kenntnisse lehnt der Regierungsrat geologische Tiefenlager auf Kantonsgebiet ab. Er ist der Ansicht, dass der Kanton bereits grosse, auch im gesamtschweizerischen Interesse liegende Sonder- und Zentrumslasten trägt, beispielsweise den Flughafen Zürich, Autobahnen, Finanzen usw.» Medienmitteilung des Zürcher Regierungsrats vom 6. November 2008). Seither war zur Frage Tiefenlager aus dem Regierungsrat kaum noch etwas zu vernehmen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Verfügt der Regierungsrat über ein Konzept für den angekündigten Widerstand gegen geologische Tiefenlager im Kanton Zürich?
2. Was versteht der Regierungsrat konkret unter sachgerechter Unterstützung der ausgewählten Standortregionen?
3. Was hat er seit November letzten Jahres unter diesem Titel im Detail unternommen?
4. Mit welchen örtlichen und regionalen Organisationen und Gruppierungen im Weinland und im Unterland hat der Regierungsrat dabei zusammengearbeitet? Nach welchen Kriterien werden diese ausgewählt und unterstützt?
5. Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass auch Organisationen von der Unterstützung profitieren können, die sich wie der Regierungsrat selber klar gegen Tiefenlager im Kanton aussprechen?
6. Welchen Zusammenhang sieht der Regierungsrat zwischen seiner Ablehnung von atomaren Tieflagern im Kanton Zürich und dem Bau neuer Atomanlagen in der Schweiz? Lehnt er solche ebenso ab?
7. Ist der Regierungsrat bereit, sich über seine Vertretungen im Verwaltungsrat der EKZ / Axpo Holding AG gegen jegliche Atombeteiligungen - insbesondere gegen neue Atomkraftwerke - einzusetzen?

Markus Späth-Walter
Nicolas Galladé
Marcel Burlet